

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 25.06.2007, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 14.06.2007

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.05.2007**
- TOP 4 35. Flächennutzungsplanänderung - Ortsumgehung Loyerberg (B211)
Vorlage: 2007/119**
- TOP 5 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 83a - Beachclub Nethen
Vorlage: 2007/075**
- TOP 6 Sanierung / Neubau Turnhalle Feldbreite
Vorlage: 2007/125**
- TOP 7 Kostenermittlung für ein Steildach im Musik-/Hauswirtschaftstrakt der KGS
Vorlage: 2007/100**
- TOP 8 Einrichtung eine Tempo 30-Zone in der Straße Lange Reihe in Nethen;
Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2007/095**

- TOP 9 Verkehrsberuhigter Ausbau der Danziger Straße (Teilstück); Antrag der
UWG-Fraktion
Vorlage: 2007/098**
- TOP 10 Stromkauf für die Jahre 2008/09; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
Vorlage: 2007/116**
- TOP 11 Umbau des Pendlerparkplatzes im Gewerbegebiet Schafjückenweg
Vorlage: 2007/118**
- TOP 12 Ausbau der Hesterstraße (alter Teil bis zur Schulstraße)
Vorlage: 2007/117**
- TOP 13 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/119

freigegeben am 04.06.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 07.06.2007

35. Flächennutzungsplanänderung - Ortsumgehung Loyerberg (B211)

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 25.06.2007 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 03.07.2007 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

1. Die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ortsumgehung Loyerberg (B211) nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 25.06.2007 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ortsumgehung Loyerberg (B211) nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung vom 20.02.2007 die frühzeitige Beteiligung der Bürger, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit fand in der Zeit vom 03.03. bis 05.04.2007 statt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden bis zum 04.05.2007 beteiligt.

Als wesentliche Stellungnahme sind die Äußerungen des Landkreises bezüglich weiterer notwendiger artenschutzrechtlicher Überprüfungen zu nennen, welche zwischenzeitlich durchgeführt werden. Daneben wurde die Planzeichnung nach Rücksprache mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLSTBV) auf deren Belange abgestimmt und entsprechend verändert. Hier sind insbesondere die großzügig bemessenen Anknüpfungspunkte an die vorhandene Trasse zu nennen, in deren Fläche die konkrete Planung dann festzulegen ist.

Die Stellungnahmen zweier durch die Planung betroffener Bürger beziehen sich im Wesentlichen auf im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren abzuarbeitende Punkte, die nicht Gegenstand der gemeindlichen Planung sind.

Die Stellungnahmen und die dazu erarbeiteten Abwägungsvorschläge sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Weitere Informationen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach präsentiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschläge
2. Planzeichnung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/075

freigegeben am 24.03.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 07.06.2007

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 83a - Beachclub Nethen

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 25.06.2007 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 03.07.2007 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 83a – Beachclub Nethen nebst Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 25.06.2007 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 83a – Beachclub Nethen nebst Umweltbericht und Begründung wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 16.01.07 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen (siehe Vorlage 2006/175). Diese fand in der Zeit vom 23.01. bis 23.02.2007 statt. Gleichzeitig wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt.

Parallel zu diesen Beteiligungen hat sich der Wunsch der Beachclub-Betreiber nach einer vollständigen Überarbeitung der Konzeption des Betriebes heraus kristallisiert.

Eine wesentliche Änderung der Planung besteht in der Ausweitung des Plangebiets um einen östlich angrenzenden etwa 20 m breiten Streifen sowie die Einbeziehung der früheren Wandererparkplatzfläche in das Betriebsgelände. Die Vergrößerung des Plangebietes ist nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches nicht mehr durch eine Änderung eines bestehenden Bebauungsplanes möglich, sondern bedarf einer vollständigen Überplanung. Diese Rechtslage führt dazu, dass die ursprünglich bezeichnete „1. Änderung des Bebauungsplanes 83 – Beachclub Nethen“ nicht weiter verfolgt wird und stattdessen eine vollständige Überplanung des Bebauungsplanes Nr. 83 durch den „Bebauungsplan 83a – Beachclub Nethen“ erfolgen soll.

Mit dem Landkreis wurde abgestimmt, dass das Bauleitplanverfahren nicht von Neuem begonnen werden muss, sondern stattdessen unter einer neuen Bezeichnung fortgeführt werden kann.

Weitere Änderungen gegenüber dem Vorentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes:

- Anpassung des Baufensters und der Nutzungsart für die Badeaufsicht entsprechend der vorhandenen DLRG-Gebäude, einer Tauchstation sowie geplanten weiteren Anlagen (Bootsanleger im Westen),
- Anpassung der westlichen Kompensationsfläche für den zwischenzeitlich aufgeschobenen Hügel (Westen),
- Schaffung eines neuen Baufensters für den zwischenzeitlich angelegten Lagerplatz sowie Berücksichtigung des Wallheckendurchbruchs in diesem Bereich (Südosten),
- Schaffung eines neuen Baufensters für Umkleidemöglichkeiten im Bereich des Eingangs (Osten),
- Schaffung eines neuen Baufensters für ein Kassenhaus (Osten),
- Darstellung eines geplanten Kinderspielplatzes (Osten),
- Darstellung eines geplanten Rückholsteges für die Wasserskianlage (Seefläche),
- Anpassung des Baufensters für die Service-Station entsprechend des genehmigten Baus und Anpassung an neue Grundstücksverhältnisse (Erweiterung des Geltungsbereiches im Osten),
- Anpassung des Baufensters für Pavillon II im Norden des Geltungsbereiches entsprechend der aktuellen Planungen,
- Rechtliche Anpassung der Planung an die zwischenzeitlich beseitigten Gehölzbestände entsprechend der aktuell geplanten Nutzungen (Norden),
- Einbeziehung des genehmigten Wandererparkplatzes in den Geltungsbereich (Süden).

Sämtliche Änderungen sind in dem vollständig überarbeiteten Lärmgutachten der Firma ITAP, Oldenburg, berücksichtigt worden und führen zur lärmrechtlichen Vertretbarkeit.

Die Gemeinde hatte im vergangenen Jahr an einem sehr gut besuchten, heißen Sommertag und an weiteren Tagen die Verkehrsmengen ermitteln lassen. Diese Daten sind ebenfalls in das Lärmgutachten eingeflossen.

Nach den Vorschriften der TA-Lärm sind auch die Verkehrsbelastungen bis 500 m von dem Betriebsgelände entfernt zu berücksichtigen.

Bei den geplanten Sonderveranstaltungen (maximal 5 im Jahr) wird es bei Berücksichtigung dieser Tatsache nachts (22.00-06.00 Uhr) zu einer Überschreitung der zulässigen Immissionswerte vor dem Hausgrundstück Hirtenweg 103 (zwischen Beachclub und Kreyenstraße gelegen) kommen. Die Betreiber haben erklärt, dass sie in diesem Bereich auf eigene Kosten den Straßenbelag austauschen und sogenannten Flüsterasphalt einbauen wollen. Der Lärmgutachter hat bestätigt, dass diese organisatorische Maßnahme zur Einhaltung der Grenzwerte (der 16. BImSchV von 54 dB(A)) für das Grundstück Hirtenweg 103 führen wird. Über den tatsächlichen Einbau des sog. Flüsterasphaltes wird eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde und den Betreibern bis zum Satzungsbeschluss abzuschließen sein.

Weitere Einzelheiten werden in der Sitzung durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach sowie den Schallgutachter der Fa. ITAP erläutert.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/125**

freigegeben am 07.06.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Witte, Arnd

Datum: 07.06.2007**Sanierung / Neubau Turnhalle Feldbreite****Beratungsfolge:****Status**

Ö

N

Datum

25.06.2007

03.07.2007

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Variante A2 ist weiter zu untersuchen und hierfür die weitergehende Planung durchzuführen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Kultur- und Sportausschusses vom 16.12.2006 und des Verwaltungsausschusses vom 16.01.2007 wurde die Verwaltung beauftragt, Planungsgrundlagen für eine Vollsanierung der vorhandenen Turnhalle beziehungsweise für den Neubau einer kleinen Sporthalle am Standort Feldbreite zu erarbeiten.

Die Modernisierung der alten Turnhalle soll im Wesentlichen

- die Sanierung des Hallenbodens
- die Sanierung der Außenhaut und des Daches
- die Innenwandbekleidungen, Beleuchtung, Beheizung
- die Deckenkonstruktionen und Bekleidungen

beinhalten.

Darüber hinaus sind zusätzliche Räume zu schaffen für die Unterbringung von

- Dusch- und WC-Anlagen
- Übungsleiterräumen
- Geräteräume für Sportgerät, Möbel und Gerät für die Schulhofpflege

Hinsichtlich der Erarbeitung der Planungsgrundlagen wurde von der Verwaltung eine Vorauswahl getroffen und das Planungsbüro Gruppe omp aus Rastede mit der Vorplanung beauftragt, da dieses Büro durch die Bauplanung des Umbaus der Schule Feldbreite zur Ganztagschule schon konzeptionelle Vorarbeit, wie die Integration der Turnhalle im Ganztagschulprogramm, geleistet hat.

Inzwischen hat das Planungsbüro einige Sanierungsvarianten sowie auch Lösungen für den Neubau der Turnhalle erarbeitet.

Variante A1 - Sanierung der Halle

Das Satteldach der Halle bleibt in seiner jetzigen Form bestehen und wird saniert. In dem seitlich angeordneten Anbau werden die Umkleide- und Sanitärräume, Technik- und Geräteräume untergebracht. Der Bühnenbereich wird abgebrochen, der Fußboden wird auf Höhenniveau des Hallenbodens bis an die Giebelwand herangeführt.

An der Giebelseite besteht die Möglichkeit der Einrichtung einer mobilen Bühnenkonstruktion. Das Raumprogramm in dieser Variante wird in vollem Umfang erfüllt. Die Kosten für diese Variante belaufen sich gem. Kostenschätzung des Planungsbüros auf rund 1.450.000,00 €

Variante A2 - Sanierung der Halle (neue Dachkonstruktion)

Das Satteldach wird abgetragen und flacher geneigt neu wieder aufgebaut. Die neue Dachkonstruktion wird an der Ostseite über den seitlichen Anbau abgeschleppt, sodass hier das Flachdach wie bei Variante A1 entfällt. Durch die neue bis unter die Dachbinder sichtbare Dachform werden großzügigere Raumverhältnisse geschaffen. Die Kosten für diese Variante belaufen sich auf rund 1.450.000,00 €

Variante B - Abbruch der alten Halle und Neubau der Sporthalle

Die vorhandene Turnhalle wird abgebrochen. An gleicher Stelle wird eine Sporthalle mit modifizierten Abmessungen des Spielfeldes und der Geräteräume neu errichtet. Die Halle erhält annähernd die gleiche Ausstattung wie bei Variante 1, die Räume werden jedoch durch die freie Grundrissgestaltung etwas großzügiger angelegt. Die Halle erhält ein flach geneigtes Satteldach, welches auch die seitlich angeordneten Geräte- und Sanitärräume mit überdeckt. Die Baukosten für diese Variante belaufen sich auf rund 1.900.000,00 €

Variante C - Abbruch der alten Halle und Neubau der Sporthalle

Bei diesem Vorschlag wird die Halle um 90° in Ost-West Richtung gedreht. Die Halle erhält die gleiche Ausstattung wie die Halle in Variante B, hat eine etwas kleinere Grundfläche, ist jedoch durch die zweigeschossige Bauweise deutlich teurer als die Halle der Variante B. Die Kosten für diese Halle belaufen sich auf rund 2.130.000,00 €

Die einzelnen Entwurfsvarianten werden in der Sitzung am 25.6.07 näher erläutert.

Die Detailplanung sowie die Materialauswahl und der Einsatz regenerativer Energien konnte aus zeitlichen Gründen noch nicht abschließend bearbeitet werden, sodass zur Beratung dieser Punkte nach der Sommerpause eine erneute Ausschusssitzung erforderlich sein wird.

Es ist vorgesehen alle vorbereitenden Planungsarbeiten in diesem Jahr durchzuführen, um mit den Bauarbeiten in 2008 beginnen zu können.

Alle Varianten erfüllen das vorgegebene Raumprogramm. Die Vorteile der Varianten A1 und A2 bestehen im finanziellen Aspekt. Die Variante A2 ist deswegen zu bevorzugen, da die neue Dachkonstruktion die Möglichkeit bietet, ein größeres und damit angenehmeres Raumvolumen zu erzeugen.

Als Untersuchungsergebnis bleibt festzustellen, dass eine Sanierung Vorteile gegenüber einem Neubau bietet.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.

Diese sind in entsprechender Höhe für den Finanzplan vorzusehen.

Anlagen:

Anlage 1 – Variante A1

Anlage 2 – Variante A2

Anlage 3 – Variante B

Anlage 4 – Variante C

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/100

freigegeben am 07.05.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Datum: 04.05.2007

Kostenermittlung für ein Steildach im Musik-/Hauswirtschaftstrakt der KGS; Antrag der SPD-Fraktion

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 25.06.2007 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 03.07.2007 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Die Frage der Dach-Situation beschäftigt seit vielen Jahren Verwaltung und Politik gleichermaßen. Anlass war und ist natürlich der regelmäßig wiederkehrende Unterhaltungsaufwand, der zwischenzeitlich das ursprüngliche Investitionsvolumen für die Herstellung des Daches deutlich überschritten hat.

Die Verwaltung hat deshalb eine Vielzahl von Untersuchungen und Überlegungen durchgeführt, die dieser Problematik nachhaltig Einhalt gebieten könnten. Diese Überlegungen waren und sind auch immer wieder Gegenstand der Diskussion im Rahmen der politischen Beratungen gewesen. Insbesondere in den vergangenen Jahren, in denen der Unterhaltungsaufwand für die notwendigen Dachreparaturen gestiegen ist, wurde immer auch wieder der Wunsch nach einer Beteiligung von Fach-Ingenieuren geäußert.

In die Untersuchungen sind diese Büros auch immer wieder eingeschaltet worden, um der Komplexität der Thematik auch von dritter Seite zu begegnen. Diese Komplexität liegt insbesondere darin begründet, dass für den Zustand des Daches eine Reihe sich dem Grunde nach widersprechender Parameter verantwortlich zeichnen:

- Die funktionelle Nutzung der unterhalb des Daches liegenden Räume gebietet ein größtmögliches Maß an gleichmäßiger Belichtung, welche selbst durch eine geringfügige Änderung der Dachfenster/Oberlichter schon unzumutbar eingeschränkt werden würde. Derzeit ist nicht erkennbar, ob und wann infolge möglicherweise sinkender Schülerzahlen eine Nutzungsänderung dieser Räume durchgeführt werden könnte.
- Die statische Situation verbietet im Zusammenhang mit der Nutzung eine Änderung der Dachform, da die erforderliche Spannweite nur mit einer außerordentlich aufwendigen Konstruktion überbrückt werden könnte, allerdings nicht ohne gleichzeitig Belichtungsprobleme auch in anderen Gebäudeteilen zu erzeugen. Da auch hier eine Nutzungsänderungsmöglichkeit aufgrund der vorhandenen Auslastung der Räumlichkeiten nicht gegeben ist, würde hier selbst bei Überwindung der konstruktiven Probleme keine ernsthafte Verbesserung der Situation eintreten können.
- Eine komplette Überdachung der gesamten Gebäudeteile ist zwar theoretisch möglich, würde aber nicht nur die vorgenannten Probleme für noch größere Teilbereiche der Schule erzeugen, sondern wäre mit einem finanziellen Aufwand verbunden, der wirtschaftlich selbst im Verhältnis zu den jetzigen Unterhaltungsaufwendungen unverhältnismäßig hoch ist.

Diese Erkenntnisse sind im Ergebnis auch von allen Planern bestätigt worden, die die Verwaltung in ihren Überlegungen eingebunden hat. Ohne eine grundlegende Änderung der zuvor genannten Rahmenbedingungen, insbesondere der Nutzung, lässt sich keine Lösung darstellen, die allen Ansprüchen gerecht werden würde.

Ungeachtet dessen haben jedoch weitere insbesondere verwaltungsinterne Überlegungen, dazu geführt, sich mit der Änderung der Konstruktion des Flachdaches auseinander zusetzen.

Die heutige Dachkonstruktion über den musisch-technischen Bereich beinhaltet kein Gefälle. Die Überlegungen sehen nunmehr vor, im Zuge einer Sanierung, das Dach insoweit zu ändern, als man die Abdichtung nicht unterhalb der Dämmung, sondern oberhalb unter Berücksichtigung eines hochwertigen Materials durchführen würde. Unter Verwendung einer veränderten Dämmung könnte dann das Dach mit einem wechselnden Gefälle versehen werden.

Diese Planungen werden zurzeit insbesondere auf ihren Kostenumfang hin genauer untersucht; bereits jetzt ist allerdings schon klar, dass die ursprünglich für dieses Jahr vorgesehenen Haushaltsmittel nicht ausreichen werden. Da die jetzigen Überlegungen jedoch einen vergleichsweise guten Erfolg gegenüber den bisherigen Arbeiten versprechen, ist vorgesehen, die Planung bis zur Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008 abzuschließen und in einer gesonderten Sitzung des BauPIUmStA nach der Sommerpause vorzustellen.

Im Übrigen erfolgen detaillierte Darstellungen im Rahmen der Sitzung.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Antrag der SPD-Fraktion vom 11.04.2007

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/095**

freigegeben am 30.04.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Preuschhoff, Nicola

Datum: 30.04.2007**Einrichtung eine Tempo 30-Zone in der Straße Lange Reihe in Nethen;
Antrag der UWG-Fraktion****Beratungsfolge:****Status**Ö
N**Datum**25.06.2007
03.07.2007**Gremium**Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Verwaltungsausschuss**Beschlussvorschlag:**

ohne

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 25.02.2007 beantragt die UWG die Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Gemeindestraße Lange Reihe in Nethen.

Die Lange Reihe befindet sich innerhalb einer geschlossenen Ortschaft. Somit beträgt die zulässige Höchstgeschwindigkeit derzeit 50 km/h.

Im Juni und im Juli 2006 wurden in der Straße Lange Reihe in Höhe der Hausnummer 35 Verkehrsmessungen durch den Landkreis Ammerland vorgenommen. Diese Messungen ergaben, dass 1.331 beziehungsweise 1.462 Verkehrsteilnehmer die Straße in einem Zeitraum von 24 Stunden benutzt haben. Der V_{85} -Wert, das heißt die Geschwindigkeit, die 85 % aller Pkw fahren, lag in Fahrtrichtung Kreyenstraße bei 41,29 km/h und in Richtung Mollberger Weg bei 41,78 km/h. Bei der Juni-Messung lagen diese Werte bei 40,63 km/h bzw. 44,57 km/h.

Der Landkreis beurteilt das Verkehrsverhalten somit als absolut angemessen.

Die Lange Reihe ist in großen Teilen beidseitig bebaut, die Grundstücke werden alle über die Gemeindestraße erschlossen. Die Straße verfügt lediglich über eine Fahrbahnbreite von rund drei Metern in einer ca. 860 m langen geraden Streckenführung. Der Fahrbahnzustand ist teilweise verbesserungswürdig, Nebenanlagen und Straßenbeleuchtung sind nicht vorhanden. Derzeit ist Begegnungsverkehr nur über ein Ausweichen auf den durch Rasen oder Schotter befestigten Seitenstreifen möglich. Dies trägt zur Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeiten bei.

Aufgrund einer Änderung des § 45 StVO ist die Einrichtung von Tempo 30-Zonen zwar auch dort möglich, wo keine baulichen Maßnahmen ergriffen werden, jedoch stellt die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Ammerland in diesem Falle nur dann die Anordnung einer Tempo 30-Zone in Aussicht, wenn die Reglementierung durch bauliche Maßnahmen, wie die Anlegung von Baumtoren, Wechsel des Straßenbelages, Straßenbeleuchtung oder Piktogramme „30“ flankiert wird. Dies begründet sich aus der geraden Streckenführung der Straße. Es müssten in beiden Einmündungsbereichen und im mittleren Teilbereich der Straße bauliche Maßnahmen erfolgen. Hierbei ist zu bedenken, dass bei einer vorhandenen Fahrbahnbreite von ca. drei Metern weitere Fahrbahnverengungen den in der Straße statt findenden Busverkehr und die Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge erschweren beziehungsweise unmöglich machen würden. Somit sind beidseitige Fahrbahnverengungen auf gleicher Höhe nicht möglich. Auch versetzte Fahrbahneinengungen sind hier aufgrund der geringen Fahrbahnbreite und des vorstehend genannten Fahrzeugverkehrs nicht zweckmäßig, zumal Erfahrungswerte zeigen, dass vor Fahrbahnverengungen oftmals noch beschleunigt wird, um dem Gegenverkehr zuvor zu kommen. Einzig verbleibende Lösung wäre die Aufbringung von Schwellen auf die Fahrbahn, wobei diese eine erhebliche Geräuschbelastung verursachen und somit seitens der Verwaltung nicht empfohlen werden.

Aus den vorstehend genannten Gründen wird davon ausgegangen, dass auch eine Umsetzung der von der Straßenverkehrsbehörde geforderten Maßnahmen aufgrund der geraden Streckenführung der Straße Lange Reihe nicht den gewünschten Erfolg bringt. Die V_{85} -Werte sind bereits jetzt angemessen und die erforderlichen baulichen Maßnahmen werden den Verkehrsteilnehmern nicht dazu bewegen auf gerader Strecke die Geschwindigkeit weiter zu reduzieren. Aus diesem Grunde ist eine Umsetzung der von der Straßenverkehrsbehörde geforderten Maßnahmen derzeit nicht geplant.

Das mit Datum vom 23.10.1990 vom Verwaltungsausschuss beschlossene Konzept über die Einrichtung von Tempo 30-Zonen hat in seiner damaligen Form weiterhin Bestand. In diesem Konzept ist die Lange Reihe nicht enthalten.

Die Neuregelungen des § 39 Abs. 1a StVO in Verbindung mit dem § 45 StVO erleichtern zwar die Einrichtung von Tempo 30-Zonen, wobei es aber nicht um die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbeschränkung für einzelne Straßen geht. Auch die Straßenverkehrsbehörde weist darauf hin, dass man Nethen in seiner Gesamtheit betrachten sollte und so mit der Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Straße Lange Reihe einen Präzedenzfall für die umliegenden Straßen bzw. Teilabschnitte dieser Straßen schaffen würde.

Bei Betrachtung der Verkehrszahlen und der gemessenen Geschwindigkeiten in der Straße Lange Reihe im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung ist die Einrichtung einer Tempo 30-Zone nicht erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Antrag UWG-Fraktion vom 25.02.2007

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/098

freigegeben am 03.05.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Preuschhoff, Nicola

Datum: 03.05.2007

Verkehrsberuhigter Ausbau der Danziger Straße (Teilstück); Antrag der UWG-Fraktion

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

25.06.2007

03.07.2007

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 25.02.2007 beantragt die UWG-Fraktion, die Danziger Straße auf dem Teilstück zwischen den Straßen Voßbarg und Am Kleinenfelde als verkehrsberuhigten Bereich auszubauen.

Die Danziger Straße ist eine Gemeindestraße innerhalb der geschlossenen Ortschaft im Ortsteil Kleinenfelde. Sie ist in gesamter Länge als Sammelstraße eingestuft und darf derzeit mit maximal 50 km/h befahren werden. Die Straße ist beidseitig mit Wohnhäusern bebaut und dient unter anderem als Verbindung zur Raiffeisenstraße beziehungsweise zur Autobahn. Von der Danziger Straße zweigen fünf Straßen ab, von denen außer der Stormstraße (Sackgasse) alle als Tempo 30-Zone ausgewiesen sind.

Die Fahrbahnbreite beträgt zwischen der Raiffeisenstraße und Am Kleinenfelde 6,50 m. In dem in Rede stehenden Abschnitt zwischen Am Kleinenfelde und Voßbarg ist die Fahrbahn lediglich 4,20 m breit. Hier ist auf beiden Straßenseiten ein unbefestigter Seitenstreifen mit einer Hochbordanlage vorhanden.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs wäre allerdings ein höhengleicher Ausbau der Straße, das heißt, es dürfen keine durch Hochbord abgesetzten Nebenanlagen wie Rad- und/oder Gehwege vorhanden sein. Zusätzlich wären weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen, wie der Einbau von Pflanzbeeten und die Kennzeichnung von Parkflächen erforderlich. Die Gestaltung eines verkehrsberuhigten Bereichs alleine durch Aufpflasterungen reicht nicht aus.

Darüber hinaus sieht der Verkehrsentwicklungsplan der Gemeinde Rastede die Danziger Straße als Entwicklungsachse vor, die dazu dient, vorhandene Verkehrsströme im Ort optimal zu führen. Hier können Verkehre frühzeitig verlagert werden, was zur Entlastung der Raiffeisenstraße und der Oldenburger Straße führt. Für den besagten Abschnitt der Danziger Straße sind Verkehrsstärken von 2.800 Kfz/24 h vorstellbar.

Im Zusammenhang mit dem geplanten und durch GVFG-Mittel förderbaren Ausbau des Voßbarg wäre auch auf der Danziger Straße mit einer Zunahme der Verkehrsstärke zu rechnen. Der Verkehrsentwicklungsplan prognostiziert eine Steigerung von 1.450 auf 1.900 Kfz in 24 h für das Jahr 2015.

Um die aktuelle Belastung festzustellen, hat der Landkreis Ammerland auf Antrag der Gemeinde im Mai 2007 eine Verkehrsmessung an der Danziger Straße in Höhe der Hausnummern 5 und 8 durchgeführt. Diese Messung ergab, dass im Schnitt 85 % aller Pkw in Richtung Voßbarg 36,22 km/h und in Richtung Raiffeisenstraße 36,19 km/h fuhren. Insgesamt wurden in einem Zeitraum von 24 Stunden 1.779 Verkehrsteilnehmer, davon 864 in Richtung Voßbarg und 915 in Richtung Raiffeisenstraße, auf der Danziger Straße gezählt. Aufgrund dieses Ergebnisses ist das Verhalten der Pkw-Fahrer als absolut angemessen zu bewerten. Außergewöhnliche Unfallhäufigkeiten in diesem Teilabschnitt der Danziger Straße sind außerdem weder der Verwaltung noch der Straßenverkehrsbehörde bekannt.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten Verkehrszahlen, der Funktion als Sammelstraße (ohne Aufenthalts- und Erschließungsfunktion) sowie der im Mai durchgeführten Verkehrsmessung kommt die Verwaltung zu der Auffassung, dass die Voraussetzungen für die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches nicht gegeben sind. Diese Auffassung wird auch von der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Ammerland, die für die verkehrsbehördliche Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches zuständig ist, im vollen Umfang geteilt.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Antrag UWG Fraktion vom 25.02.2007

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/116

freigegeben am 30.05.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Datum: 30.05.2007

Stromkauf für die Jahre 2008/09; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| N | 03.07.2007 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinderatsfraktion Bündnis90/Die Grünen hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Ausgehend von dem Verbrauch des Jahres 2005 wurden die Mehrkosten bei dem Bezug von „NaturWatt-Strom“ rund 11.000 €a ermittelt.

Die Gemeinde Rastede hat sich bisher für den Bezug von „normalem“ Strom entschieden. Dieses ist aus Sicht der Verwaltung unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auch geboten.

Im BauPIUmStA am 12.3.07 wurde zu TOP 5 folgende Empfehlung gegeben, die letztlich auch vom Verwaltungsausschuss beschlossen wurde:

- Klimaschutz und die Verringerung des CO₂-Ausstoßes sind wichtige Bausteine im Prozess der nachhaltigen Entwicklung. Die Gemeinde Rastede nimmt die ihr obliegende gesellschaftliche Aufgabe an und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigene und fremde Aktivitäten zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.
- Die Gemeinde Rastede stellt fest, dass in der Gemeinde Rastede in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Maßnahmen zum Klima- und Ressourcenschutz erarbeitet und umgesetzt wurden.

- Die Zusammenfassung des Energieberichtes und sonstigen Aktivitäten der Gemeinde mit der Aufgabenschwerpunktstellung Klimaschutz wird vorgenommen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin in dem Energienetzwerk Ammerland zu engagieren.

Die Aufwendungen von 11.000 €a könnten in Projekte mit dem konkreten Ziel der Vermeidung oder Senkung des Energieverbrauches fließen. Dieses würde dem Prinzip der Nachhaltigkeit eher entsprechen können als das Prinzip einer Abgeltung.

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Zeit keine

Anlagen:

Antrag der Gemeinderatsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 11.Mai 2007

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/118

freigegeben am 01.06.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

Datum: 01.06.2007

Umbau des Pendlerparkplatzes im Gewerbegebiet Schafjückenweg

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

25.06.2007

03.07.2007

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Pendlerparkplatz im Gewerbegebiet Schafjückenweg wird entsprechend der Anlage 1 umgebaut.

Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 49.500 € sind im Haushalt 2008 zu veranschlagen.

Sach- und Rechtslage:

Der Pendlerparkplatz im Gewerbegebiet Schafjückenweg gegenüber der Brötje-Handel KG hat in der Vergangenheit vermehrt zu Verkehrsproblemen geführt. Die Zulieferer der ansässigen Gewerbebetriebe können mit ihren Fahrzeugen diesen Bereich nicht passieren, wenn die Nutzer des Pendlerparkplatzes ihre Fahrzeuge nicht weit genug in den Stellplatz hineinfahren. Hierdurch wird die Fahrspur eingeengt, was insbesondere bei der Belieferung mit Großcontainern zu den oben genannten Behinderungen führt.

Zunächst wurden die ersten Stellplätze zurück gebaut, um zumindest den Einfahrbereich, der zudem für die einfahrenden Fahrzeugführer schlecht einzusehen ist, problemloser zu gestalten.

Es hat sich allerdings gezeigt, dass die Schrägaufstellung der parkenden Fahrzeuge auch im weiteren Verlauf der Straße weiterhin zu Problemen führt.

Die Verwaltung hat sich aufgrund der Beschwerden der Gewerbetreibenden mit einer Umgestaltung dieses Bereiches beschäftigt und hierfür verschiedene Varianten erarbeitet.

Die kostengünstigste und fahrdynamische verbesserte Lösung ist in der Anlage beigefügt. Bei dieser Lösung verbleibt eine großzügige 9,00 m breite Fahrbahn. Im nördlichen Bereich wird ein Parkplatz mit Schrägaufstellern geschaffen. Zwischen den Parkplätzen und der Fahrbahn wird ein 2,00 m breiter Rangierstreifen gebaut, sodass eine gegenseitige Behinderung der Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen werden kann. Bei dieser Variante verbleiben von den zur Zeit vorhandenen 34 Stellplätzen noch 15. Der jetzige Pendlerparkplatz ist sehr gut ausgelastet. Weitere Plätze stehen allerdings an der Tannenkrugstraße zur Verfügung.

Die Kosten für diese Umbaumaßnahme belaufen sich nach Kostenschätzung auf ca. 49.500 €

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung und müssen im Haushalt 2008 bereit gestellt werden.

Anlagen:

Anlage 1: Lageplan

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/117

freigegeben am 31.05.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

Datum: 31.05.2007

Ausbau der Hesterstraße (alter Teil bis zur Schulstraße)

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

25.06.2007

03.07.2007

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Hesterstraße wird niveaugleich mit einer 5,50 m breiten Fahrbahn ausgebaut. Im Zuge des Ausbaues wird ein Regenwasserkanal verlegt.

Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, ob und in welcher Höhe für den Ausbau des Reststückes der Hesterstraße Straßenausbaubeiträge oder Erschließungsbeiträge fällig werden.

Sach- und Rechtslage:

Bereits 1979 wurde die Diskussion geführt, das nicht ausgebaute Reststück der Hesterstraße in Wahnbek auszubauen. Eine abschließende Entscheidung hierüber ist nicht getroffen worden.

Das alte Teil der Hesterstraße hat eine Länge von 120,00 m und endet an der Schulstraße. Von der Einmündung Elbestraße bis zur Höhe der Häuser Hesterstraße Nr. 7 & 8 ist die Hesterstraße mit einer 5,00 m breiten bituminösen Fahrbahn, einem beidseitigen 1,50 m breiten gepflasterten Gehweg und einem 2,00 m breiten gepflasterten Parkstreifen ausgebaut.

Nach den Häusern Hesterstraße 7 & 8 verengt sich die Fahrbahn auf eine Breite von im Mittel 2,95 m. Die Nebenanlagen werden nicht weitergeführt. Links und rechts der Fahrbahn befinden sich Grünstreifen. Eine geregelte Oberflächenentwässerung ist nicht vorhanden. Die Böden liegen zum Teil höher als die Fahrbahn. Somit kann das anfallende Wasser nicht ablaufen. Lediglich im Kurvenbereich ist ein Sickerschacht vorhanden. Die Fahrbahn ist auf einem Sandkoffer mit einem 10-12 cm dicken Mischmakadam befestigt. Sie hat Flickstellen und Aufbrüche. Der Fahrbahnbelag ist uneben. Die in der Anlage 1 beigefügten Fotos zeigen das Reststück der Hesterstraße in seinem jetzigen Zustand.

Die Hesterstraße liegt in einer 30 km/h-Zone. Aus heutiger Sicht ist der damalige gewählte Fahrbahnquerschnitt für die tatsächliche verkehrstechnische Auslastung der Straße als überdimensioniert zu bezeichnen. Daher sollte dieser Querschnitt bei dem nicht ausgebauten Teilstück nicht weitergeführt werden. Aktuelle Verkehrszahlen liegen nicht vor. Ebenso ist im Verkehrsentwicklungsplan für das Reststück der Hesterstraße keine Empfehlung ausgesprochen worden.

Bei den damaligen Planungen aus dem Jahre 1979 ist ein öffentlicher Bereich in 7,00 m Breite festgestellt worden. Dieses stimmt mit den örtlich vorgefundenen Verhältnissen (Einfriedigungen der Grundstücke) überein. Der öffentliche Bereich ermöglicht verschiedene Ausbauvarianten ohne Grunderwerb. Es würde sowohl ein Ausbau mit einer Fahrbahn in 5,00 m Breite und einem einseitigen 1,50 m breitem Gehweg an der Westseite möglich sein, als auch ein niveaugleicher Ausbau mit einer Fahrbahn in 5,50 m Breite. In der Anlage 2 sind die beiden Varianten gegenübergestellt worden.

Im Zusammenhang mit einer Fahrbahnerneuerung muss die vorhandene Oberflächenwasserproblematik neu beordnet werden. Hierzu ist es erforderlich, einen Regenwasserkanal zu verlegen. Der vorhandene Regenwasserkanal endet beim ausgebauten Teilstück auf Höhe der Häuser Hesterstraße Nr. 7 & 8. Laut den vorliegenden Kanalanträgen versickern die Häuser das anfallende Oberflächenwasser auf ihren Grundstücken.

Für den Ausbau mit abgesetztem Gehweg wurden Kosten von ca. 87.000 € und für den niveaugleichen Ausbau Kosten von ca. 72.000 € ermittelt. In beiden Ermittlungen wurden eine vollständige Auskofferung und der RW-Kanal berücksichtigt. Bei genauerer Planung sind Kostenreduzierungen möglich.

Die Prüfung, ob bei dem Ausbau des Reststückes der Hesterstraße Straßenausbaubeiträge oder Erschließungsbeiträge fällig werden, soll erst nach Beschlussfassung einer Variante erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung und müssten im Haushalt 2008 bereitgestellt werden.

Anlagen:

Anlage 1: Fotodarstellung

Anlage 2: Variantenvergleich